

06.10.2021

Pressemitteilung

Volkshochschulen fordern Verankerung der „Initiative Digitale Weiterbildung“ in neuem Regierungsprogramm

Positionspapier der KMK sieht Ausbau digitaler Weiterbildung im gesamtstaatlichen Interesse

Bonn. Die Volkshochschulen und die Kultusministerien der Länder sind sich einig: Die Digitalisierung der Weiterbildung ist eine Herausforderung von gesamtstaatlicher Dimension. Dies ist der Tenor eines Positionspapiers der Kultusministerkonferenz, an dem neben dem Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) auch andere Weiterbildungsträger und die kommunalen Spitzenverbände mitgewirkt haben. Mit dem Positionspapier beschreibt die Kultusministerkonferenz den erforderlichen Handlungsrahmen, um notwendige Entwicklungsimpulse im Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung zu setzen und stellt damit auch einen Bezug zur Nationalen Weiterbildungsstrategie der Bundesregierung her.

„Bund und Ländern muss es ein gemeinsames Anliegen sein, dass die Menschen in Deutschland Schritt halten können mit den rasanten digitalen Entwicklungen und dass digitale Teilhabe inmitten tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen sichergestellt wird“, sagt DVV-Direktorin Julia von Westerholt. Mit Blick auf die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen fordert der DVV daher von allen beteiligten Parteien, sich aktiv für die Verankerung einer „Initiative Digitale Weiterbildung“ im neuen Regierungsprogramm einzusetzen.

„Die durch die Digitalisierung ausgelösten Transformationsprozesse betreffen nicht nur die gesamte Berufswelt, sondern zeigen auch unmittelbare Auswirkung in Bezug auf eine selbstbestimmte Lebensführung und die Art und Weise gesellschaftlicher Teilhabe“, so die Präsidentin der Kultusministerkonferenz und Brandenburgische Bildungsministerin Britta Ernst: „Hier leisten vielfältige Angebote zur Weiterbildung einen wesentlichen Beitrag, denn das Erwachsenenalter stellt mit Abstand die längste Phase in der Bildungsbiografie dar.“ Die mit der „Strategie Bildung in der digitalen Welt“ durch die Kultusministerkonferenz initiierten Entwicklungsprozesse gelte es daher auch im Bereich der Weiterbildung konsequent aufzugreifen und fortzuführen.

Auch über die dringendsten Handlungsfelder herrscht Einigkeit zwischen den Volkshochschulen und den Kultusministerien der Länder: Von zentraler Bedeutung sind demnach Investitionen in den Ausbau der digitalen Infrastruktur in den Einrichtungen, die Förderung kostenloser Lernangebote der digitalen Breitenbildung und – als Grundlage hierfür – ausreichende Finanzmittel für die systematische Qualifizierung der Mitarbeitenden und Kursleitungen. Ferner

braucht es bundesweite Qualitätsstandards für neue digitale Formen des Lehrens sowie eine bessere Vernetzung zwischen allen Akteuren der digitalen Weiterbildung, um den Austausch über gelungene Praxis zu ermöglichen.

Um in diesen entscheidenden Aufgabenbereichen nachhaltige Fortschritte zu ermöglichen, fordern die Volkshochschulen ein auf mindestens fünf Jahre angelegtes Programm für eine „Initiative Digitale Weiterbildung“, in dem sich Bund und Länder auf gemeinsame Ziele verständigen und Vereinbarungen über finanzielle und administrative Zuständigkeiten treffen.

„Der Vorstoß der Kultusministerkonferenz bestärkt uns in der Einschätzung, dass digitale Weiterbildung eine zentrale bildungspolitische Herausforderung ist, die es nun mit vereinten Kräften anzugehen gilt“, sagt DVV-Direktorin Julia von Westerholt.

Weitere Informationen zum Positionspapier sowie den Forderungen der Volkshochschulen unter www.volkshochschule.de/digitalisierungsoffensive

Kontakt

Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.

Simone Kaucher, Pressesprecherin

Tel. 0049 228 97569 11, kaucher@dvv-vhs.de